

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XV

Teil 1

Einführung in die Fragestellung und Gang der Untersuchung

<i>Kapitel 1: Fragestellung und Forschungsstand</i>	3
<i>Kapitel 2: Zielsetzung</i>	7
<i>Kapitel 3: Vorgehensweise</i>	8

Teil 2

Das verfassungsrechtliche Gebot der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse

<i>Kapitel 4: Die verfassungsrechtliche Grundlage des Gebots der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse</i>	13
<i>Kapitel 5: Inhalt des verfassungsrechtlichen Gebots der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse</i>	45
<i>Kapitel 6: Anwendung des verfassungsrechtlichen Gebots der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse</i>	83
<i>Kapitel 7: Zusammenfassung</i>	109

Teil 3

Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse als Gegenstand des Verwaltungsrechts

<i>Kapitel 8: Zur Einführung – Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse als Verwaltungsaufgabe</i>	113
<i>Kapitel 9: Leistungsverwaltung und Daseinsvorsorge als Ausgangspunkt des Gebots der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Mittel zu seiner Umsetzung</i>	115
<i>Kapitel 10: Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse durch Planungs- und Organisationsrecht</i>	162
<i>Kapitel 11: Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse mit Mitteln des Gewährleistungsverwaltungs- und Regulierungsrechts</i>	255

Teil 4

Zusammenfassung der Ergebnisse in Thesen

<i>Thesen zur verfassungsrechtlichen Grundlage des Gebots der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse</i>	339
<i>Thesen zur verwaltungsrechtlichen Umsetzung des Gebots der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse</i>	342

Literaturverzeichnis

Schriften	347
Dokumente	378
Sachregister	381

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XV

Teil 1

Einführung in die Fragestellung und Gang der Untersuchung

<i>Kapitel 1: Fragestellung und Forschungsstand</i>	3
<i>Kapitel 2: Zielsetzung</i>	7
<i>Kapitel 3: Vorgehensweise</i>	8

Teil 2

Das verfassungsrechtliche Gebot der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse

<i>Kapitel 4: Die verfassungsrechtliche Grundlage des Gebots der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse</i>	13
§ 1 Ausgangspunkte einer verfassungsrechtlichen Würdigung des Gebots der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse	13
A. Notwendigkeit einer verfassungsrechtlichen Grundlage des Gleichwertigkeitsgebots	13
B. Staatszielbestimmungen als verfassungsrechtliche Grundlage	14
I. Voraussetzungen für das Vorliegen einer Staatszielbestimmung und Abgrenzung zu anderen Normtypen	14
II. Unterscheidung zwischen ausdrücklichen und impliziten Staatszielbestimmungen	17
C. Zusammenfassung und weiterer Gang der Untersuchung	18

§ 2 Staatszielbestimmung der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse?	19
A. Keine ausdrückliche Staatszielbestimmung der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse	19
B. Implizite Staatszielbestimmung der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse?	20
I. Artikel 72 Absatz 2 Grundgesetz	20
II. Artikel 106 Absatz 3 Satz 4 Grundgesetz	23
III. Artikel 91a Absatz 1 Grundgesetz	27
IV. Artikel 87e Absatz 4 und Artikel 87f Absatz 1 Grundgesetz	29
C. Zusammenfassung	30
§ 3 Das Sozialstaatsprinzip als verfassungsrechtliche Grundlage des Gebots der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse	31
A. Spezifika des Sozialstaatsprinzips und ihre Auswirkungen auf seine Auslegung	32
I. Historisch bedingte Zurückhaltung des Verfassungsgebers	32
II. Interpretationsbedürftigkeit des Sozialstaatsprinzips	33
III. Möglichkeiten einer Auslegung	35
IV. Folgerungen für die Ableitung des Gleichwertigkeitsgebots aus dem Sozialstaatsprinzip	36
B. Das Gleichwertigkeitsgebot als verbindende Klammer verschiedener sozialstaatlicher Konkretisierungen	37
I. Sozialstaatliche Einflüsse auf die Struktur des Bundesstaats als Verdeutlichung der Sozialstaatsvorstellung des Verfassungsgebers	37
II. Gewährleistungsaufträge als Bestätigung dieser Erkenntnis	39
III. Ergebnis	39
C. Das Gleichwertigkeitsgebot im Kanon „anerkannter“ Ausprägungen des Sozialstaatsprinzips	40
I. Zu den anerkannten Ausprägungen des Sozialstaatsprinzips	40
II. Das Verhältnis dieser Ausprägungen zum Gleichwertigkeitsgebot	42
III. Ergebnis	44
§ 4 Zusammenfassung	44
<i>Kapitel 5: Inhalt des verfassungsrechtlichen Gebots der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse</i>	<i>45</i>
§ 5 Konturierung des Zielbereichs	45
A. Zum Begriff der „Lebensverhältnisse“	46
I. Zur Einführung: Annäherungsversuche an den Begriff der „Lebensverhältnisse“	46
II. Auslegung der „Lebensverhältnisse“ im Lichte der objektiven Wertentscheidungen der Grundrechtsordnung	47
1. Verfassungsrechtliche Ausgangspunkte	47

2. Ausscheidung von Grundrechten ohne räumlichen Bezug	50
3. Ausscheidung weiterer Grundrechte	50
a) Religionsfreiheit und Freiheit des Gewissens	51
b) Allgemeine Handlungsfreiheit und Freizügigkeitsgarantie . .	51
c) Allgemeiner Gleichheitssatz	52
III. Zusammenfassung	53
B. Zur Aufgabe der „Herstellung“	53
I. Verknüpfung mit der Idee der Staatsaufgaben und der Gewährleistungsverantwortung	54
II. Ausdrücklich durch das Grundgesetz vorausgesetzte Aufgaben . .	56
1. Postwesen und Telekommunikation	56
2. Eisenbahn und Fernstraßen	57
3. Schulen und Hochschulen	57
III. Weitere Aufgaben, die sich als unerlässliche Grundrechtsvoraussetzungen darstellen	58
1. Elektrische Energie	59
2. Innere Sicherheit	59
3. Medizinische Versorgung und Hygiene	59
4. Trinkwasser und Lebensmittel	60
IV. Unerheblichkeit der Leistungsträgerschaft	60
V. Dynamik des Aufgabenkatalogs und Gestaltungsspielraum der Verpflichteten	61
VI. Zusammenfassung	62
C. Zum Begriff der „Gleichwertigkeit“	62
I. Räumliche Bestimmung der „Gleichwertigkeit“	62
II. „Gleichwertigkeit“ ist nicht „Einheitlichkeit“	64
III. Verfassungsrechtliches Untermaßverbot als Mindeststandard der „Gleichwertigkeit“	65
IV. Gleichwertigkeit erfordert keinen regionalen Ausgleich im Sinne einer Umverteilung	67
V. Zusammenfassung	68
D. Zusammenfassung	68
§ 6 Verfassungsimmanente Grenzen des Gleichwertigkeitsgebots	68
A. Der verfassungsrechtliche „Vorbehalt des Möglichen“ als zweifache Grenze	69
B. Das Primat der Selbstrealisierung als sozialstaatliche Grenze	71
C. Zusammenfassung	72
§ 7 Zum Verhältnis von Gleichwertigkeitsgebot und Kompetenzordnung	72
A. Keine kompetenzbegründende Wirkung des Gleichwertigkeitsgebots .	73
B. Beschränkung der Reichweite des Gebots der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse auf den eigenen Kompetenzbereich und das eigene Herrschaftsgebiet	74

I. Beschränkung der Verpflichtung der Länder durch das Gleichwertigkeitsgebot	74
II. Bindung der Kommunen an das Gleichwertigkeitsgebot	77
III. Im Besonderen zur Notwendigkeit von Kooperation und Abstimmung	79
IV. Zusammenfassung	80
§ 8 Zusammenfassung	81
 <i>Kapitel 6: Anwendung des verfassungsrechtlichen Gebots der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse</i>	
§ 9 Bindung aller Staatsgewalt als Grundlage der Anwendung	83
A. Bindung jeglicher Form der Staatsgewalt des Bundes	83
B. Bindung auch der Landesgewalten	84
I. Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse keine Durchgriffsnorm	84
II. Bindung der Landesgesetzgeber	85
III. Bindung der sonstigen Organe der Länder	87
IV. Zusammenfassung	89
C. Zusammenfassung	89
§ 10 Die Bindung des zur Konkretisierung des Staatsziels aufgerufenen Gesetzgebers	89
A. Die gesetzgeberische Aufgabe der Konkretisierung des Gleichwertigkeitsgebots	90
I. Abwägung mit anderen Staatszielen	91
II. Auswahl der Sachgebiete	91
III. Konkretisierung der „Gleichwertigkeit“	92
IV. Maß staatlicher Verantwortung	93
V. Auswahl der Instrumente	93
B. Notwendigkeit gesetzgeberischer Prognosen	94
C. Korrespondierende Beobachtungs- und Nachbesserungspflichten ...	95
D. Zusammenfassung	96
§ 11 Die Bindung der Exekutive an das Gebot der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse	97
A. Vorrangigkeit gesetzgeberischer Festlegungen	97
B. Gleichwertigkeitsgebot als Auslegungsrichtlinie unbestimmter Rechtsbegriffe	98
C. Berücksichtigung der Vorgaben des Gleichwertigkeitsgebots in verbleibenden administrativen Spielräumen	98
I. Ermessensspielräume	99
II. Insbesondere zum Planungsermessen	99
III. Gesetzesfreier Raum	101

§ 12 Das Gleichwertigkeitsgebot als Auslegungsmaßstab	
für die rechtsprechende Gewalt	102
A. Prüfungsmaßstab verfassungsgerichtlicher Kontrolle	102
I. Relevanz des Gleichwertigkeitsgebots in den verschiedenen	
Verfahrensarten	102
II. Anerkennung gesetzgeberischer Gestaltungsspielräume	104
B. Auslegungsmaßstab verwaltungsgerichtlicher Kontrolle	105
§ 13 Keine unmittelbare Bindung Privater an das Gebot der Herstellung	
gleichwertiger Lebensverhältnisse	107
<i>Kapitel 7: Zusammenfassung</i>	109

Teil 3

Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse als Gegenstand des Verwaltungsrechts

<i>Kapitel 8: Zur Einführung – Herstellung gleichwertiger</i>	
<i>Lebensverhältnisse als Verwaltungsaufgabe</i>	113

<i>Kapitel 9: Leistungsverwaltung und Daseinsvorsorge als</i>	
<i>Ausgangspunkt des Gebots der Herstellung gleichwertiger</i>	
<i>Lebensverhältnisse und Mittel zu seiner Umsetzung</i>	115

§ 14 Grundlagen	115
A. Begriffsbestimmungen	115
I. Begriff der Leistungsverwaltung	115
II. Begriff der Daseinsvorsorge	116
III. Begriff der kommunalen Daseinsvorsorge	118
IV. Zusammenfassung	118
B. Öffentliche Daseinsvorsorge und Herstellung gleichwertiger	
Lebensverhältnisse	118
I. Gleichwertigkeitsgebot als übergeordnete Zielvorstellung der	
öffentlichen Daseinsvorsorge	118
1. Sicherstellung der Flächendeckung	119
2. Sicherstellung der Angemessenheit	120
3. Abwägung zwischen Flächendeckung und Angemessenheit ..	121
II. Daseinsvorsorge als Instrument zur Angleichung der	
Lebensverhältnisse	122
1. Theoretisch großer Gestaltungsspielraum der Leistungsträger .	122
2. Grenzen durch den gesetzlichen Rahmen	123
III. Zusammenfassung	124

§ 15 Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der kommunalen Daseinsvorsorge am Beispiel des Schulwesens	125
A. Grundlagen	125
I. Der Begriff der schulischen Grundversorgung	125
II. Schulträgerschaft im Gefüge staatlicher Schulverantwortung	126
1. Tradition kommunaler Schulträgerschaft	126
2. Gemeinsame Verantwortung mittelbarer und unmittelbarer Staatsverwaltung	127
3. Gesetzgeberische Ausprägung der gemeinsamen Verantwortung	127
4. Zusammenfassung	128
B. Angemessene Schulversorgung	129
I. Gesetzgeberische Vorgaben hinsichtlich der „inneren Schulangelegenheiten“	129
1. Vorgabe von Schulformen	130
2. Vorgabe von Höchst- und Mindestgrößen von Klassen und Schulen	131
a) Übersicht über die gesetzlichen Regelungen der Mindestgrößen	131
b) Zum Zweck der gesetzlichen Regelungen der Mindestgrößen	132
II. Gesetzgeberische Vorgaben hinsichtlich der „äußeren Schulangelegenheiten“	133
III. Widersprüchliche Beziehungen zwischen gesetzgeberischen Vorgaben und dem Gebot der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse	134
1. Lösung durch den Gesetzgeber	135
2. Verdeutlichung anhand von Beispielen	136
a) Zulassung von „Zwergschulen“	136
b) Ermöglichung jahrgangsübergreifenden Unterrichts	138
IV. Zusammenfassung	140
C. Flächendeckende Schulversorgung	140
I. Ausgangspunkt: Schulträgerschaft als kommunale Pflichtaufgabe	140
II. Aber: zumutbare Entfernung als zentrales schulgesetzliches Kriterium	141
1. Auslegung des Begriffs der „zumutbaren Entfernung“ als Aufgabe der Schulträger	141
2. Kriterien der Zumutbarkeit der Entfernung	142
a) „Zumutbare Entfernung“ keine bloße Frage der geografischen Entfernung	142
b) Bestehen einer Schülerbeförderung als entscheidendes Kriterium der „zumutbaren Entfernung“	143

c) Versuche der Gewinnung absoluter Grenzen der Zumutbarkeit	144
3. Exkurs: Einrichtung von Internaten	145
a) Zur Rechtslage in Nordrhein-Westfalen	146
b) Rechtliche Bedenken und Schranken	146
III. Einrichtung von Schuleinzugsbereichen als Instrument zur Sicherstellung der Flächendeckung	147
IV. Zusammenfassung	148
D. Die (Abwägungs-) Entscheidung des Schulträgers über das Schulangebot	149
E. Zusammenfassung	151
§ 16 Diverse aktuelle Bemühungen zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse aus dem Bereich der Daseinsvorsorge	151
A. Darstellung aktueller Bemühungen zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bereich der Daseinsvorsorge	152
I. „Dorfläden“	152
II. „Dorfgemeinschaftshäuser“	153
III. „Moderne soziale Angebote“	154
IV. „Bürgerbusse“	154
V. „Mobile Angebote“	155
B. Betrachtung und Einordnung der dargestellten Bemühungen	156
I. Neue Gegenstände der Daseinsvorsorge	156
II. Neuinterpretation bestehender Angebote der Daseinsvorsorge ..	156
1. Notwendigkeit einer Anpassung bestehender Vorgaben für die Berücksichtigung mobiler Angebote	157
2. Integration der Bürgerbusse in das System des öffentlichen Personennahverkehrs als gelungenes Beispiel	158
C. Zusammenfassung	160
§ 17 Zusammenfassung	160
<i>Kapitel 10: Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse durch Planungs- und Organisationsrecht</i>	<i>162</i>
§ 18 Grundlagen	162
A. Begrifflichkeiten	162
B. Entwicklung des Planungs- und Organisationsrechts	163
§ 19 Der Beitrag der Raumordnung zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse	165
A. Grundlagen der Raumordnung	167
I. Stufensystem der Raumordnung	167
II. Gesetzgebungskompetenzen im Bereich der Raumordnung	168
III. Überblick über die Rechtsquellen der Raumordnung	168
IV. Instrumentarium der Raumordnung	170

V. Erfordernisse der Raumordnung	170
VI. Zusammenfassung	171
B. Raumordnerische Instrumente zur Umsetzung des verfassungsrechtlichen Gebots der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse	172
I. Umsetzung des Gleichwertigkeitsgebots mittels der Leitvorstellung der Raumordnung	172
1. Funktion einer raumordnerischen Leitvorstellung	172
2. Gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilräumen als Leitvorstellung der Raumordnung	173
3. Auslegungsfähigkeit der Leitvorstellung	174
a) Auslegung der Gleichwertigkeit	175
b) Aktive oder passive Sanierung	176
4. Abwägungsbedürftigkeit der Leitvorstellung	177
5. Zusammenfassung	178
II. Umsetzung des Gleichwertigkeitsgebots durch Erfordernisse der Raumordnung	178
1. Umsetzung durch allgemein gehaltene Erfordernisse der Raumordnung	178
2. Notwendigkeit einer weiteren Ausgestaltung des Gleichwertigkeitsgebots durch Erfordernisse der Raumordnung	179
III. Im Besonderen zur Umsetzung des Gleichwertigkeitsgebots durch die zentralörtliche Gliederung	181
1. Planerische Ausgestaltung des Zentrale-Orte-Prinzips	182
a) Das Zentrale-Orte-Prinzip als Konzeption der Raumordnung	182
b) Das Zentrale-Orte-Prinzip als Gegenstand der bundesrechtlichen Grundsätze der Raumordnung (§ 2 Abs. 2 ROG)	183
c) Das Zentrale-Orte-Prinzip als Gegenstand der nordrhein- westfälischen Raumordnungspläne	184
aa) Das Gesetz zur Landesentwicklung/ Landesentwicklungsprogramm (LEPro NRW)	184
bb) Der Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen (LEP NRW)	186
cc) Die aktuelle Rechtslage in Nordrhein-Westfalen	186
dd) Vergleich mit den Landesplanungen anderer Bundesländer	187
ee) Zusammenfassung	188
d) Im Besonderen zur Konkretisierung des Zentrale-Orte-Prinzips durch Kongruenzgebote und Beeinträchtigungsverbote	188

aa) Kongruenzgebote und Beeinträchtigungsverbote sind keine zwangsläufigen Gegenstände des Zentrale-Orte-Prinzips	188
bb) Kongruenzgebote und Beeinträchtigungsverbote als Gegenstand raumordnerischer Festsetzungen	189
cc) Exkurs: Zur Verfassungswidrigkeit des § 24a Abs. 1 Satz 4 LEPro NRW a. F.	190
dd) Zusammenfassung	191
e) Zusammenfassung	191
2. Bindung an die Vorgaben des Zentrale-Orte-Prinzips	191
a) Bindung öffentlicher Stellen an das Zentrale-Orte-Prinzip ..	191
b) Bindung Privater an das Zentrale-Orte-Prinzip	193
aa) Bindung gemäß § 4 Abs. 1 Satz 2, Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 ROG	193
bb) Bindung gemäß § 4 Abs. 2 ROG	194
cc) Anwendung auf das Zentrale-Orte-Prinzip	194
c) Zusammenfassung	195
3. Zusammenfassung	195
IV. Zusammenfassung	196
C. Ansätze zu einer Neuausrichtung der raumordnerischen Instrumente zur Umsetzung des verfassungsrechtlichen Gebots der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse	196
I. Neuausrichtung der Leitvorstellung der Raumordnung	197
1. Kritik an der Leitvorstellung der gleichwertigen Lebensverhältnisse	197
2. „Wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt“ als alternative Leitvorstellung	199
3. Ansätze zu einer Neuinterpretation	200
4. Bewertung	201
5. Zusammenfassung	203
II. Neuausrichtung des Zentrale-Orte-Prinzips	204
1. Ansätze zu einer Neuausrichtung	204
2. Bewertung	207
D. Zusammenfassung	209
§ 20 Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse durch Fachplanungen am Beispiel der Schulentwicklungsplanung	209
A. Grundlagen	210
B. Funktionen der Schulentwicklungsplanung	210
I. Funktion der Vorbereitung	211
II. Funktion der Abstimmung zwischen verschiedenen Schulträgern ..	213
III. Funktion der Abstimmung mit anderen Planungen	217
C. Zusammenfassung	219

§ 21 Ausrichtung des Organisationsrechts am Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse	219
A. Grundlegende Vorgaben des verfassungsrechtlichen Gebots der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse für die Verwaltungsorganisation	220
I. Keine grundsätzliche Entscheidung für unmittelbare oder mittelbare Staatsverwaltung	220
II. Unterschiedliche Anforderungen an Ausgestaltung für unmittelbare und mittelbare Staatsverwaltung	221
III. Zusammenfassung	222
B. Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse als Anlass von Funktionalreformen	223
I. Die Selbstverwaltungsgarantien des Art. 28 Abs. 2 GG und des Art. 78 LV NRW und der Schutz kommunaler Aufgaben	223
II. Voraussetzungen der „Hochzonung“ einer Aufgabe	226
1. Grundzüge	226
2. Exkurs: Zum Verhältnis zwischen Gemeinde und Landkreis ..	228
III. Voraussetzungen der „Kommunalisierung“ einer Aufgabe	228
1. „Echte“ und „Unechte“ Kommunalisierung	229
2. Zulässigkeit einer Aufgabenüberbürdung	229
IV. Zusammenhang mit dem Gebot der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse	230
V. Praktische Beispiele für Funktionalreformen	231
VI. Zusammenfassung	233
C. Gleichwertige Lebensverhältnisse als Leitbild für Gebietsreformen ..	234
I. Grundlagen	235
1. Begriff der Gebietsreformen	235
2. Grundsätzliche Vereinbarkeit mit Selbstverwaltungsrecht	235
3. Gebietsreformen als raumbedeutsame Planung	236
4. Gesetzgeberische Berücksichtigung von Erfordernissen der Raumordnung	237
5. Zusammenfassung	239
II. Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Planungsprozess	239
1. Berücksichtigung der Erfordernisse der Raumordnung	239
2. Organisationsorganisatorische Überlegungen zur Umsetzung des Gleichwertigkeitsgebots	240
a) Anstreben einer Ausgleichsfunktion der Landkreise	240
b) Anstreben einer aufgabenbezogenen Größe	241
3. Mindestanforderungen einer demokratischen Selbstverwaltung ..	242
4. Finanzielle Erwägungen	243
5. Zusammenfassung	244

III. Zur Rechtsprechung des Landesverfassungsgerichts	
Mecklenburg-Vorpommern zur Bildung von Regionalkreisen . . .	244
1. Erste Entscheidung (2007)	244
a) Gegenstand: Gesetz über die Funktional- und Kreisstrukturreform des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 23. Mai 2006	245
b) Entscheidung	246
c) Bewertung	247
2. Zweite Entscheidung (2011)	249
a) Gegenstand: Gesetz zur Schaffung zukunftsfähiger Strukturen der Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 12. Juli 2010	249
b) Entscheidung	250
c) Bewertung	251
3. Zusammenfassung	251
IV. Zusammenfassung	252
D. Zusammenfassung	252
§ 22 Zusammenfassung	253
 <i>Kapitel 11: Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse mit Mitteln des Gewährleistungsverwaltungs- und Regulierungsrechts</i>	 255
§ 23 Einführung	255
A. Grundgedanken der Gewährleistungsverwaltung und des Regulierungsrechts	255
I. Von der Leistungsverwaltung zur Gewährleistungsverwaltung . .	256
II. Gewährleistungsverwaltung und Regulierungsrecht	257
B. Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse als Ziel der Gewährleistungs- und Regulierungsverwaltung	258
C. Umsetzung des Ziels der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Gewährleistungs- und Regulierungsverwaltung	259
I. Instrumente zur Umsetzung im privatwirtschaftlichen Wettbewerb bzw. durch Private	260
II. Sicherung der Grundversorgung durch Universaldienstverpflichtungen	261
1. Definition der Grundversorgung als Voraussetzung	261
a) Definition der Angemessenheit der Grundversorgung	262
b) Definition flächendeckender Grundversorgung	263
c) Definition des Preises der Grundversorgung	263
2. Universaldienstmodelle im engeren Sinne	264
3. Grundversorgungspflichten	265
4. Zumutbarkeit als Grenze der Universaldienstverpflichtungen .	266

III. Zusammenfassung	267
§ 24 Der aktuelle Beitrag des Regulierungsrechts zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse	268
A. Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bereich der Telekommunikationsdienstleistungen	268
I. Der Markt der Telekommunikations-Leistungen nach materieller Privatisierung und Liberalisierung	268
II. Sicherung der Grundversorgung durch das Universaldienstmodell gemäß §§ 78 ff. TKG	269
1. Systematik des Universaldienstmodells gemäß §§ 78 ff. TKG ..	270
2. Gesetzgeberische Definition der Grundversorgung	270
3. Ausgleich für Universaldienste: Finanzierung über eine Universaldienstabgabe	272
4. Praktische Bedeutung der §§ 78 ff. TKG	272
III. Herstellung einer flächendeckenden Versorgung mit Breitband-Internetanschlüssen mit Mitteln der Daseinsvorsorge ..	273
1. Erscheinungsformen einer Breitbandversorgung in Form öffentlicher Daseinsvorsorge	275
2. Art. 87f Abs. 2 GG als verfassungsrechtliche Schranke einer Erbringung der Breitbandversorgung in Form öffentlicher Daseinsvorsorge	276
a) Ausschließliche Bundeskompetenz gemäß Art. 87f Abs. 2 Satz 2 GG als Schranke von Aktivitäten der Landesverwaltung	276
b) Gebot der Privatwirtschaftlichkeit als Schranke staatlicher Bemühungen	277
3. Zusammenfassung	279
IV. Zusammenfassung	280
B. Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bereich der Postdienstleistungen	281
I. Der Markt der Postdienstleistungen nach materieller Privatisierung und Liberalisierung	281
II. Sicherung der Grundversorgung vor dem Hintergrund schrittweiser Liberalisierung	282
III. Sicherung der Grundversorgung durch das Universaldienstmodell gemäß §§ 11 ff. PostG und die Postuniversaldienstverordnung ...	283
1. Systematik des Universaldienstmodells gemäß §§ 11 ff. PostG	283
2. Definition der Grundversorgung	284
3. Kompensation für den Universaldienstverpflichteten	285
4. Praktische Bedeutung der §§ 11 ff. PostG	286
IV. Zusammenfassung	286
C. Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bereich der Energieversorgung	287

I. Der Markt der Energieversorgung nach der Liberalisierung	287
II. Sicherung der Grundversorgung durch allgemeine Grundversorgungspflichten	288
1. Systematik der Grundversorgungspflichten gemäß §§ 18, 36 EnWG	289
2. Wirtschaftliche Unzumutbarkeit als gemeinsame Grenze der Grundversorgungspflichten	290
3. Zusammenfassung	291
III. Energieversorgung als wichtiger Gegenstand kommunaler Daseinsvorsorge	291
IV. Zusammenfassung	292
D. Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bereich der stationären Gesundheitsversorgung (Krankenhausversorgung)	292
I. Krankenhausversorgung als regulierter Markt	292
II. Sicherung der Grundversorgung durch Krankenhausplanung und finanzielle Förderung	293
III. Reservefunktion der öffentlichen Krankenhausträger	296
IV. Herausforderungen für das bestehende System der Sicherung der Grundversorgung	296
V. Zusammenfassung	297
E. Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bereich der ambulanten Gesundheitsversorgung (Arztwesen)	298
I. Ambulante Gesundheitsversorgung zwischen privater Verantwortung, Selbstverwaltung und starker Regulierung	298
II. Sicherung der Grundversorgung durch vertragsärztliche Bedarfsplanung	299
1. Grundzüge der kassenärztlichen Bedarfsplanung	300
2. „Überversorgung“	301
3. „Unterversorgung“	302
4. Abstimmung mit anderen Planungen	302
5. Zusammenfassung	303
III. Aktuelle Herausforderungen: „Landarztmangel“ und „Versorgungsstrukturgesetz“	303
1. Lösungsansatz des Bundesgesetzgebers: „Versorgungsstrukturgesetz“	304
2. Erste Korrekturen durch das GKV-Versorgungsstärkungsgesetz	306
3. Weitere Förderungen durch Länder und Kommunen	307
4. Weitergehende Forderungen	308
5. Zusammenfassung	309
IV. Zusammenfassung	309
F. Zusammenfassung	309

§ 25 Einbindung von Privatschulen in die Aufgabe der schulischen Grundversorgung als möglicher Beitrag des Regulierungsrechts zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse	310
A. Das Schulwesen als „regulierter Markt“	311
B. Verfassungsrechtliche Ausgangslage	313
I. Verfassungsrechtlicher Begriff der Privatschule	313
II. Verfassungsrechtliche Garantie der Privatschule	313
III. Verfassungsrechtliches Bild der gemeinsamen Verantwortung öffentlicher und privater Schulen	315
IV. Zusammenfassung	317
C. Möglichkeiten der Einbeziehung von Privatschulen in die Grundversorgung	318
I. Voraussetzungen einer Grundversorgung durch Privatschulen ...	318
1. Sicherstellung des Zugangs	318
2. Gleichwertigkeit der Leistung der Privatschule	319
a) Grundsätzliche Geltung der Regelungen des Schulgesetzes für Ersatzschulen	319
b) Grundsätzliche „Berechtigung“ der Privatschulen	320
c) Gleichwertigkeit erfordert nicht Gleichartigkeit	321
3. Problem: Weltanschauliche Neutralität?	322
4. Integration der Privatschulen in das System und das Netz des öffentlichen Schulwesens	324
a) Integration in das System kommunaler (Pflicht-) Aufgaben	324
b) Berücksichtigung in der Schulentwicklungsplanung und Einhaltung des schulrechtlichen Rücksichtnahmegebots ...	325
II. Instrumentelle Umsetzung einer Grundversorgung durch Privatschulen und ihre Grenzen	326
1. Universaldienst kein passendes Instrument	327
2. Grundversorgungspflicht unzulässig	327
a) Beeinträchtigung der Berufsfreiheit	327
b) Beeinträchtigung der Privatschulfreiheit	328
c) Zusammenfassung	329
3. Freiwillige Selbstverpflichtung	330
III. Finanzierung einer Grundversorgung durch Privatschulen	331
1. Grundzüge der Ersatzschulfinanzierung	331
2. Weitergehender Förderungsbedarf bei Erbringung der Grundversorgungsaufgabe	332
3. Kostenträgerschaft einer weitergehenden Förderung	333
4. Zusammenfassung	334
D. Zusammenfassung	335
§ 26 Zusammenfassung	335

Teil 4

Zusammenfassung der Ergebnisse in Thesen

<i>Thesen zur verfassungsrechtlichen Grundlage des Gebots der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse</i>	339
---	-----

<i>Thesen zur verwaltungsrechtlichen Umsetzung des Gebots der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse</i>	342
---	-----

Literaturverzeichnis

Schriften	347
-----------------	-----

Dokumente	378
-----------------	-----

Sachregister	381
--------------------	-----